

Das 20. Jahrhundert: eine wirtschaftliche Retrospektive

Wee, Herman van der

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wee, H. v. d. (2005). *Das 20. Jahrhundert: eine wirtschaftliche Retrospektive*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2005-003). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-114389>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Herman van der Wee

**Das 20. Jahrhundert:
eine wirtschaftliche Retrospektive**

Best.-Nr. P 2005-003

**Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)**

Beim Präsidenten

Januar 2005

Abstract

In einer retrospektiven Betrachtung der Entwicklung der Weltwirtschaft im Verlauf der letzten hundert Jahre konzentriert sich der Autor auf die westliche Welt. Die Ereignisse werden mit Hilfe eines Zeitschemas erfasst, insbesondere durch die Einteilung in drei Perioden: Die erste Periode reicht von etwa 1895 bis 1914, die letzte Phase des so genannten „langen 19. Jahrhunderts“ mit dem Wachstumshöhepunkt der liberalen Weltwirtschaft. Die zweite Periode (1914 bis 1945) wird als langwierige Krise charakterisiert und die dritte Periode von 1945 bis heute steht im Zeichen der kräftigen Wiederbelebung der Weltwirtschaft, die primär national ausgerichtet war, durchaus aber mit Bestrebungen zur Internationalisierung weltwirtschaftlicher Aktivitäten vereinbart werden konnte. Nach einer strukturellen Krise, die bis Mitte der achtziger Jahre andauerte, wurde durch neo-liberale Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik der Weg für den Durchbruch einer zunehmend globalisierten Ökonomie geebnet. Das Paper gibt abschließend einen Ausblick in die Zukunft einer europäischen Wirtschaft.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	
2.	Die Belle Époque (1895-1914) – Endphase und Höhepunkt des „langen, liberalen 19. Jahrhunderts“	8
2.1	Faktoren, die den Ursprung und die Entwicklung des „langen 19. Jahrhunderts“ bestimmten	8
2.2	Unterwegs zu einer ersten globalisierten Wirtschaft	10
3.	Europa und die Welt während und zwischen den zwei Weltkriegen: Die tiefe Krise des politischen und ökonomischen Liberalismus (1914-1945)	12
3.1	Der Erste Weltkrieg (1914-1918)	12
3.2	Die chaotischen Zwischenkriegsjahre (1918-1929)	12
3.3	Das Elend der weltweiten Krise (1929-1939)	15
3.4	Der Zweite Weltkrieg (1939-1945)	18
4.	Von einer gemischten Nationalökonomie zur globalisierten Ökonomie (1945-1999)	19
4.1	Die dreißig goldenen Jahre der Mischwirtschaft (1945-1975)	19
4.2	Die Mischwirtschaft unter Druck (die siebziger Jahre)	23
4.3	Die Neustrukturierung der Mischwirtschaft in einem globaleren Licht (1980-1999)	24
5.	Epilog: Eine Zukunft für die europäische Wirtschaft?	28
5.1	Beschäftigung und Kreativität	28
5.2	Der starke Euro: eine Herausforderung für das 21. Jahrhundert	29
6.	Literatur	30

1. Einführung

Angesichts der engen Grenzen einer Retrospektive ist es keine leichte Aufgabe, die Entwicklung der Weltwirtschaft im Verlauf der letzten 100 Jahre darzustellen. Denn das Thema ist eigentlich viel zu komplex, um auf so begrenztem Raum abgehandelt zu werden. Dadurch wird uns eine Reihe von Einschränkungen auferlegt.

Erstens konzentriere ich meine Ausführungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt. Es gibt keine systematischen Abhandlungen über die ehemaligen Ostblockstaaten oder die Kolonial- und ehemaligen Kolonialgebiete (von denen viele erst den Weg wirtschaftlicher Entwicklung gehen konnten, nachdem sie die Unabhängigkeit erlangt hatten) oder andere Länder der Dritten Welt. Ich streife sie gelegentlich, aber nur als integrale Bestandteile der Kolonialreiche oder als erfolgreiche Entwicklungsgebiete, denen es langsam gelingt, sich in den Weltmarkt zu integrieren, der von den westlichen Industrieländern beherrscht wird. Zweitens strebe ich in Bezug auf die historischen Tatsachen keinesfalls den Anspruch umfassender Vollständigkeit an: Nur in groben Zügen skizziere ich die wirtschaftliche Entwicklung der letzten hundert Jahre. Dennoch habe ich versucht, die vielfältige Verknüpfung ökonomischer Ereignisse zu begreifen, um der Rekonstruktion der Entwicklung die Dimension einer Erklärung zu verleihen.

Um den Versuch zu erleichtern, Einsicht in ein Jahrhundert ökonomischer Entwicklung zu gewinnen, hat man die Ereignisse mit Hilfe eines Zeitschemas erfasst, insbesondere durch eine Einteilung in drei Perioden. Die erste Periode reicht von etwa 1895 bis 1914, dem Vorabend des Ersten Weltkriegs. Diese Periode bildet die letzte Phase des so genannten „langen 19. Jahrhunderts“ und stellt den Wachstumshöhepunkt der liberalen Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts dar; in der traditionellen Geschichtsschreibung und in bürgerlichen Kreisen werden diese Wohlstandsjahre mit dem Titel „*la belle époque*“ geadelt. Die zweite Periode von 1914-1945 kann man als langwierige Krise verstehen. Sie begann mit einer politischen Krise, dem Ersten Weltkrieg (1914-1918); diese politische Krise führte unmittelbar zu einer ernsthaften Erschütterung der Weltwirtschaft, die während der zwanziger Jahre nicht aufgefangen werden konnte. Während der Weltwirtschaftsdepression der darauf folgenden Jahre verschärfte sich die Krise und erreichte einen dramatischen Tiefpunkt während des Zweiten Weltkriegs (1939-1945). Die dritte Periode, 1945 bis heute, steht im Zeichen der kräftigen Wiederbelebung der Weltwirtschaft. Am Anfang (1945-1975) stand eine praktisch ununterbrochene Expansion, die dieser Zeit den Beinamen „*les trente glorieuses*“ (die glorreichen dreißig) eintrug. Ursprünglich hatte der Aufbau einer Mischwirtschaft Priorität, und dies geschah durch eine Regierungspolitik, die primär national ausgerichtet war; es zeigte sich aber, dass diese Politik durchaus mit substanziellen Bestrebungen zur Internationalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten vereinbar war. Im Verlaufe der Zeit führte diese Kombination allerdings zu Spannungen. Sie bewirkte eine strukturelle Krise im System der Mischwirtschaften, die seit der Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre andauerte und erst dann gelöst wurde, als neoliberale Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik den Weg für den Durchbruch einer zunehmend globalisierten Ökonomie ebneten (1985 bis jetzt).

2. Die Belle Époque (1895-1914) – Endphase und Höhepunkt des „langen, liberalen 19. Jahrhunderts“

2.1 Faktoren, die den Ursprung und die Entwicklung des „langen 19. Jahrhunderts“ bestimmten

Um zum richtigen Verständnis der expansiven Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts zu gelangen, ist es notwendig, zum Ursprung und zur Entwicklung dieses „langen Jahrhunderts“ zurückzukehren. Dieser Ursprung wurde im Wesentlichen von drei Faktoren bestimmt: einem ideologischen, der Aufklärung; einem politischen, der Französischen Revolution; und einem wirtschaftlichen Faktor, der Industriellen Revolution.

Die Aufklärung war eine geistige Bewegung, die unter der europäischen Intelligenz im 18. Jahrhundert viele Anhänger fand, insbesondere in Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die Ideologie der Aufklärung zeichnete sich durch ein unerschütterliches Vertrauen auf die Kraft des Rationalismus aus, insbesondere auf die schöpferische Kraft des menschlichen Geistes und auf die Fähigkeit von Menschen, ihre Kreativität zum ständigen wissenschaftlichen und moralischen Fortschritt sowie zum Wohlstandsfortschritt einzusetzen. Der ökonomische Liberalismus, der seinen Ursprung in England und Schottland hatte, griff die Ideologie der Aufklärung auf und trug mit seinen eigenen Theorien, die sich auf die Funktionsweise des freien Marktes bezogen, zur weiteren Verbreitung dieser Ideologie bei. Der liberalen Auffassung nach würde die Anwendung des Rationalismus auf die Organisation der Ökonomie eine allgemeine Steigerung des materiellen Wohlstands zur Folge haben, und diese Wohlstandssteigerung würde zu einer „besseren“ Gesellschaft führen.

Die Französische Revolution von 1789 war entscheidend für die Verbreitung aufgeklärten Denkens auf dem europäischen Kontinent. Als Ergebnis der Siege der französischen Revolutionsarmee und der Errichtung neuer politischer Systeme in den besiegten Gebieten wurden die revolutionären Prinzipien „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zum ersten Mal allgemein akzeptiert. Doch nach den Niederlagen Napoleons kamen die neuen Ideen nicht mehr zur Anwendung. Andererseits betrachtete man das parlamentarische System in Großbritannien mit wachsendem Interesse; schließlich wurde es im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem Vorbild für die Errichtung zahlreicher parlamentarischer Demokratien auf dem Kontinent. Gleichzeitig wurden die Vorstellungen vom Wirtschaftsliberalismus britischer Provenienz zunehmend in die politischen Strategien der Kontinentalstaaten integriert: Auf diese Weise entstand eine liberale Marktwirtschaft in weltweitem Maßstab.

Die Industrielle Revolution – der dritte und entscheidende Faktor bei der Schaffung der freien Marktwirtschaft – begann in England während des letzten Viertels des 18. Jahrhunderts. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts – und Belgien bereitete den Weg – verbreitete sie sich auch auf dem Kontinent und gegen Mitte des Jahrhunderts entfaltete sich die moderne Industrialisierung in Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Die Vereinigten Staaten zogen sehr schnell

nach und gaben der Industrialisierung eine wirklich spektakuläre Eigendynamik. Zum Ende des Jahrhunderts hatte sich die Industrialisierung ebenfalls im restlichen Europa durchgesetzt und gewann nun auch an Boden in den neuen Überseegebieten wie Japan und Südamerika.

Die Industrielle Revolution hatte eine enorme Auswirkung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf der ganzen Welt. Dampfkraft und Mechanisierung leiteten eine Ära spektakulären technologischen Fortschritts ein, der den Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen in großem Umfang ermöglichte. Darüber hinaus führte der ständige technologische Fortschritt dazu, dass sich das Maschinenkapital als zunehmend effizient erwies, was die Unternehmer wiederum dazu brachte, ihre Fabriken noch weiter auszubauen. Sie kombinierten diese zusätzlichen Investitionen mit einer effizienteren Organisation, indem sie die Produktion in großen Fabriken konzentrierten und eine radikale Arbeitsteilung einführten; dadurch erreichten sie einen beeindruckenden Anstieg sowohl in der Arbeits- wie auch in der Kapitalproduktivität. Dennoch kam dieser Anstieg dem Faktor Arbeit im 19. Jahrhundert nur in begrenztem Umfang zugute; vielmehr floss er den einzelnen Unternehmen als Extraprofit und damit den Anteilseignern zu.

Der Erfolg der Industriellen Revolution war allein nicht das Ergebnis der Initiative und der Investition des einzelnen Unternehmers, denn auch die Regierungen leisteten entscheidende Beiträge, die für eine angemessene Infrastruktur sorgten; auf diese Weise ermöglichten sie einen glatten Ablauf, während die allgemeine Produktion wuchs und wuchs. Zunächst schufen die Regierungen eine angemessene rechtliche Infrastruktur, indem sie ein neues Privatrecht erließen, das die Organisation ökonomischer Aktivitäten besonders berücksichtigte. Zweitens wendeten sich die Regierungen der Modernisierung der institutionellen Infrastruktur zu und errichteten zahlreiche neue Institutionen, die das flexible Operieren der freien Marktwirtschaft sowohl im Inland als auch im Ausland forderten. Der Grundstein dieser institutionellen Modernisierung war die Einrichtung einer zentralen Notenbank, deren Aufgabe darin bestand, die Stabilität des Umrechnungskurses der nationalen Währung sicherzustellen, die Goldkonvertibilität des Papiergeldes zu garantieren und ein sicheres System kurzfristiger Kredite für die Wirtschaft zu organisieren. Auf diesem Wege schuf die Zentralbank die Bedingungen für die Befolgung einer orthodoxen Etatpolitik, die den öffentlichen Haushalt zu solider Finanzierung verpflichtete. Darüber hinaus diente die Konzentration auf die Währungsstabilität dazu, die Mobilität des Kapitals und die Liberalisierung des Außenhandels zu fördern.

Drittens sorgten die Regierungen auch für die Modernisierung der materiellen Infrastruktur, insbesondere hinsichtlich der Kommunikations- und Verkehrswege und der Energieversorgung. In vielen Fällen gaben die Regierungen diese Aufgabe über Konzessionen oder Joint Ventures ganz oder teilweise an den privaten Sektor weiter, wie z.B. im Fall des Straßen-, Kanal- und Schienennetzes; das gleiche gilt für die Stromerzeugung und -verteilung. In anderen Fällen, wie bei der Post, beim Telegraphen- und Fernmeldewesen übernahmen die Regierungen die gesamte Verantwortung für die Errichtung und die Verwaltung des Netzes selbst. Daher trifft die Behauptung nicht zu, dass sich der Staat im 19. Jahrhundert in Angelegenheiten der Wirtschaft nicht einmischte. Tatsächlich tat er genau das, und sogar ziemlich intensiv; doch dies geschah auf eine Art und Weise, dass das System der freien Marktwirt-

schaft – nach seiner Einführung fest verwurzelt – sich ohne eine zu starke Intervention des Staates entwickeln konnte.

2.2 Unterwegs zu einer ersten globalisierten Wirtschaft

Die Industrielle Revolution, die Modernisierung der Infrastruktur und die allgemeine Verbreitung der freien Marktwirtschaft vor dem Hintergrund einer stabilen Währung schuf die Basis für eine erste globalisierte Wirtschaft (im modernen Sinne des Wortes), die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts allmählich aufgebaut wurde. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt in der Periode von 1895-1913 und zeigte drei Charakteristika des Marktes.

Das erste Kennzeichen war sein ausgesprochener Eurozentrismus, denn die Internationalisierung ökonomischer Aktivitäten ging fast ausschließlich von einem militärisch und wirtschaftlich dominanten Europa aus. Und tatsächlich hatten die Nationalstaaten, als die Industrielle Revolution vollends in Gang gekommen war, die notwendigen industriellen Mittel, um ihre Armeen zu modernisieren und auszubauen; die Anwendung dieser militärischen Überlegenheit gab ihnen die Möglichkeit, neue Kolonialgebiete zu annektieren und ihre Macht in den bereits unterworfenen Überseegebieten auszudehnen bzw. zu konsolidieren. Dadurch waren die Staaten des Westens in der Lage, sich einen privilegierten Zugang zu den Rohstoffen zu sichern, die für ihre Industrialisierung notwendig waren und zugleich Märkte für ihre industriellen Produkte zu schaffen, insbesondere für Textilien und Verkehrsanlagen bzw. Transportmaschinen.

Das zweite Kennzeichen war die Zunahme von beweglichem Kapital sowohl in der oberen als auch in der niederen Mittelklasse Europas und ein wachsendes Interesse dieser Klassen an Auslandsinvestitionen; diese beiden Entwicklungen verliefen parallel. Die westeuropäischen Börsen verzeichneten einen kontinuierlichen Anstieg bei der Ausgabe von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren von Firmen, die im Ausland neu gegründet worden waren. An allererster Stelle standen die ausländischen Eisenbahngesellschaften, danach kamen die Bau- und Betreiberfirmen von Kanälen und die Organisation der Dampfschiffahrt. Am Ende des 19. Jahrhunderts verschob sich der Schwerpunkt hin zu ausländischen Straßenbahn- und U-Bahn-Gesellschaften im Verbund mit der Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, danach in Richtung Erzminen und Schwerindustrie und dann schließlich auf das Bankgeschäft. Zunächst konzentrierten sich die Auslandsinvestitionen auf die europäischen Nachbarstaaten, aber gegen Ende des Jahrhunderts verschoben sie sich mehr und mehr auf Länder und Regionen an der Peripherie Europas, wie etwa Russland oder die Balkanstaaten, dann zunehmend auf die Überseegebiete, insbesondere Nord- und Südamerika, und später dann in Richtung Afrika und Asien. Die Societe Generale de Belgique spielte zu dieser Zeit eine entscheidende Rolle: Durch sie wurden die belgischen Sparguthaben aus der Hauptstadt und den Provinzen in Auslandsinvestitionen gelenkt.

Die Internationalisierung der europäischen Wirtschaft in einem System freien Handels und monetärer Stabilität übte auf die Politik der Regierungen einen beträchtlichen Einfluss aus; und allmählich kamen die nationalen Regierungen zu der Entscheidung, diesem System

absolute Priorität einzuräumen. Anders ausgedrückt: Wenn zu Hause nach Lösungen für ökonomische Schwierigkeiten oder Krisen gesucht wurde, zogen sie es vor, das „auswärtige“ ökonomische Gleichgewicht auf Kosten des „inneren“ ökonomischen Gleichgewichts aufrecht zu erhalten. Wenn ein Land mit Exportproblemen zu kämpfen hatte, begegnete der Staat diesem Problem nicht mit Maßnahmen, die sich vornehmlich am „Auswärtigen“ orientierten – wie etwa der Abwertung der Währung oder Beschränkungen des Imports –, sondern mit Anpassungen der „heimischen“ Wirtschaft. Auf diese Weise wurden langfristige Anpassungen durch die Investition in neue Technologien oder in neue Wachstumssektoren erreicht; kurzfristige Anpassungen durch eine Reduktion der Profite, Lohnsenkungen und andere Mechanismen eines flexiblen Arbeitsmarktes oder, anders ausgedrückt, durch eine Reduktion der Lohnkosten, die darauf abzielte, die Exporte zu beleben und dadurch ein erneutes Anwachsen der Beschäftigung zu schaffen. Folglich kamen Lohnsenkungen und die Verschlechterung von Sekundarbedingungen der Beschäftigung in Europa regelmäßig vor: Noch gab es ein schier unerschöpfliches Angebot an Arbeitskräften, und die Arbeiterschaft war zu schlecht organisiert, um sich gegen solche „inneren“ Anpassungen wehren zu können.

3. Europa und die Welt während und zwischen den zwei Weltkriegen: Die tiefe Krise des politischen und ökonomischen Liberalismus (1914-1945)

3.1 Der Erste Weltkrieg (1914-1918)

Von einem engen und kurzfristig gedachten Kontext her betrachtet, hatte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 überwiegend mit politischen Ereignissen zu tun, also mit dem Attentat auf den Habsburger Thronfolger in Sarajewo und den unmittelbaren Konsequenzen dieser Tat. Aber in einer breiteren historischen Perspektive zeigt sich, dass ökonomische Faktoren ebenfalls eine große Rolle spielten, ganz besonders die Rivalität zwischen den großen Nationalstaaten in Europa, die seit etwa 1850 stetig wuchs. Diese Rivalität bekam durch die aufkommende Schwerindustrie eine zusätzliche Schärfe, die es jenen Ländern erlaubte, ihre militärische Schlagkraft zu stärken. Das Resultat war eine Erweiterung ihrer Macht, die sich auf Nachbarstaaten und auf Überseegebiete in ihrer Reichweite ausdehnte.

Mit einem Schlag zerstörte der Krieg die liberale Weltwirtschaft des langen 19. Jahrhunderts – ein brutaler Bruch mit der Vergangenheit. Die Doktrin des ökonomischen Liberalismus wurde von da an durch eine Politik des strengen Dirigismus ersetzt. Auf die Anregung von Walter Rathenau, einem der höchsten Beamten im Kriegsministerium, setzte die deutsche Regierung das System einer modernen Planwirtschaft in Gang und begann selbst mit der Organisation industrieller Produktion sowie mit der Verteilung und dem Verbrauch. Das deutsche System einer Plan-Kriegswirtschaft wurde schnell von anderen Ländern kopiert, wie z.B. der Sowjetunion.

Was die Geld- und Finanzpolitik betrifft, so wurde das Vorkriegssystem vollkommen demontiert; die Konvertibilität von Banknoten in Gold war aufgehoben und alle Geldtransaktionen mit ausländischen Partnern wurden unter die strenge Aufsicht des Staates gestellt. Die orthodoxe Haushaltspolitik wurde über Bord geworfen. Um die Rüstungsproduktion finanzieren zu können, nahmen die Regierungen im In- und Ausland riesige Summen auf. Außerdem drängten sie die Zentralbanken dazu, für immer mehr Darlehen zu bürgen, was dazu führte, dass noch mehr Papiergeld in Umlauf gegeben wurde. Diese riesige Geldmenge – in Kombination mit den Restriktionen, die den Produzenten von Verbrauchsgütern auferlegt wurden – führte während der Kriegsjahre zu einer ernsthaften Inflation; eine Situation, die ganz im Gegensatz zum 19. Jahrhunderts mit seinen stabilen Preisen stand.

3.2 Die chaotischen Zwischenkriegsjahre (1918-1929)

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte keineswegs die Rückkehr zur liberalen Ökonomie der Vorkriegszeit. Tatsächlich war eine solche Rückkehr unmöglich gemacht worden, und zwar aufgrund der fundamentalen Veränderungen der politischen Ordnung in Europa und im Nahen Osten. Einige große Monarchien waren verschwunden: An die Stelle des Deutschen Reichs war die Weimarer Republik getreten; das Habsburgerreich Österreich-Ungarn war in

einige kleine Staaten zerbrochen; das zaristische Russland war 1917 von der Revolution der Menschewiki und Bolschewiki hinweg gefegt worden, und das Osmanische Reich war zerfallen und hatte sich in eine Reihe neuer Staaten in Südosteuropa, Kleinasien und dem Nahen Osten aufgespalten. Der neue Entwurf der politischen Karte Europas war von einer Welle des Nationalismus und des Dirigismus begleitet.

Auch fanden fundamentale gesellschaftliche Verschiebungen statt. Während des Krieges war die Struktur der Einkommen und Vermögen vollkommen auf den Kopf gestellt. Bauern, Händler und Handwerksbetriebe, die für den lokalen Verbrauch produzierten, machten große Gewinne, wie übrigens auch – natürlich in viel größerem Umfang – die Unternehmer der Kriegsindustrie. Dagegen waren es die vielen kleinen Rentiers, Gehalts- und Lohnabhängigen, die die Kosten der Preisinflation zahlten.

Nach dem Krieg erlebten die Arbeiter eine erhebliche Verbesserung ihrer Einkommenssituation, selbst im Vergleich zu den Vorkriegsverhältnissen. Auch widmete man den sekundären Arbeitsbedingungen größere Aufmerksamkeit. Diese Verbesserungen waren das Ergebnis des endgültigen Durchbruchs der Gewerkschaften, der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der zunehmenden politischen Macht der Sozialdemokratischen und Christdemokratischen Parteien, die nun regelmäßig an den nationalen Regierungen beteiligt waren.

Diese Wendung hatte eine spürbare Auswirkung auf die sozial-ökonomische Politik der Staaten. Wenn es jetzt ein Ungleichgewicht im Außenhandel gab, begegneten die Arbeiterparteien den Anpassungen in der heimischen Wirtschaft – insbesondere Lohnkürzungen – mit Widerstand. Daher verfolgten die europäischen Regierungen zunehmend eine Politik, die mehr Wohlstand und Vollbeschäftigung in ihren Regionen Priorität einräumte. Das „innere“ wirtschaftliche Gleichgewicht ging also vor, auch auf Kosten des „auswärtigen“ wirtschaftlichen Gleichgewichts, das auf dem System einer offenen Weltwirtschaft mit stabilen Umrechnungskursen beruhte. Nicht Lohnkürzungen, sondern protektionistische Maßnahmen, Subventionen und schließlich sogar die Abwertung der Währung sollten das auswärtige Gleichgewicht wiederherstellen, wenn es Schwierigkeiten gab.

Diese Veränderungen in der allgemeinen Politik waren nicht die einzigen auf ökonomischer Ebene. Auch in der Industrie hatte es größere Verschiebungen gegeben. Während sich die europäische Industrie fast vollständig auf die Produktion von Rüstungsgütern während des Krieges konzentriert hatte, war es den USA und Japan gelungen, bei der Produktion von Verbrauchsgütern in Führung zu gehen und ihre eigenen Märkte, aber auch die überseeischen Märkte zu erobern, die vormals von den Europäern kontrolliert worden waren. Als die Feindseligkeiten aufhörten und Europa von der Kriegs- auf eine Friedenswirtschaft umschalten wollte, fand es sich auf dem Weltmarkt einem scharfen Wettbewerb um Verbrauchsgüter ausgesetzt. Die USA waren in einer besonders starken Position, denn abgesehen vom Aufbau einer Konsumgüterindustrie hatten sie auch enorme Anstrengungen bei der Waffenproduktion für die alliierten Armeen unternommen. Das hatte zur Folge, dass Europa bei den Vereinigten Staaten hoch verschuldet war. Eine ähnliche Entwicklung fand in den Überseekolonien statt, die die Mutterländer während des Krieges mit zusätzlichen Rohstoffen versorgt hatten, ohne im Gegenzug Fertigwaren oder Investitionen zu erhalten. Dies verkehrte die finanziellen Rollen zwischen diesen Ländern und Europa. Aufgrund ihrer Exporte von Fertigwaren und um-

fangreicher Investitionen befanden sich die europäischen Industrieländer vor dem Krieg in der starken Position des Gläubigers gegenüber der restlichen Welt, aber das war nach dem Krieg nicht mehr der Fall. Europa – und das schließt auch die Sieger des Ersten Weltkrieges mit ein – war nun einer der größten Schuldner der Überseegebiete. Um dieser Situation Abhilfe zu schaffen, verfolgten die europäischen Länder eine restriktive protektionistische Politik in Bezug auf den Außenhandel, die einer Rückkehr zu einer offenen Weltwirtschaft ernsthaft im Wege stand.

Eine andere Folge war das Schwinden der Vorherrschaft Europas über den Rest der Welt. Tatsächlich war Europa in der Lage, seine Autorität und seinen Einfluss über seine Kolonien und Herrschaftsgebiete noch eine Weile aufrecht zu erhalten, aber die USA traten jetzt ökonomisch und finanziell als die mächtigste Nation der Welt in den Vordergrund. Die jahrhundertealte europäische Vorherrschaft über die Welt war ganz klar im Niedergang begriffen.

Auch der Wiederaufbau, die deutschen Reparationen und die Geldpolitik, die während und nach dem Krieg verfolgt wurde, zeigten sich als Hindernis bei der Rückkehr zu einer offenen Weltwirtschaft. Gut geschützt innerhalb der eigenen nationalen Grenzen und als Verlängerung der dirigistischen Kriegspolitik organisierte jedes Land seinen Wiederaufbau nach seiner eigenen Fassung. Unter solchen Umständen war an eine Liberalisierung des Handels gar nicht zu denken. Das Problem der deutschen Reparationen behinderte die Liberalisierung ebenfalls. Der Friedensvertrag von Versailles hatte die Verantwortung Deutschlands für den gesamten Kriegsschaden erklärt. Das Ergebnis war, dass Deutschland massive Reparationsleistungen an die Sieger abzuführen hatte. Doch der Vertrag beschnitt die Flügel der deutschen Industrie empfindlich und auf den Exporten deutscher Fertigwaren lasteten schwere Restriktionen. Deutschland was also der Möglichkeit beraubt, sich durch den Export von Waren die Devisen zu beschaffen, die es für seine Reparationszahlungen brauchte. Diese absurde Politik führte dazu, dass die Zahlungen aufgeschoben wurden und dass sich die zu zahlenden Beträge verringerten; mit der Machtergreifung Hitlers schließlich drohte auch noch die endgültige Einstellung der Zahlungen – eine Entwicklung, die zu ernststen Schwierigkeiten führte. Die Siegermächte hatten den Nachkriegswiederaufbau mit neuen Darlehen von den Zentralbanken und mit neuen ausländischen Krediten finanziert in der Hoffnung, diese Schulden mit Hilfe der deutschen Reparationen abzahlen zu können und auf diese Weise die zirkulierende Geldmenge sowie die Inflation in ihren eigenen Regionen zu verringern. Jetzt, da es unmöglich geworden war, diese Kredite zurückzuzahlen, schraubte sich die Preisspirale in diesen Ländern immer weiter nach oben und verursachte Chaos auf den Devisenmärkten. Damit die Wechselkurse nicht noch weiter außer Kontrolle gerieten, wurden neue restriktive Maßnahmen eingeführt, nicht zuletzt für den Außenhandel.

Überdies gerieten die Devisenmärkte durch die Geldpolitik der Nachkriegszeit durcheinander; auch dadurch wurde die Rückkehr zu einer offenen Weltwirtschaft vereitelt. Die ständige Preisinflation nach dem Krieg löste in der Bevölkerung eine Sehnsucht nach der Preisstabilität der Vorkriegszeit aus. Politiker und Ökonomen glaubten gleichermaßen, dass eine grundlegende Währungsreform die Preisstabilität wiederherstellen würde. Großbritannien machte den ersten Schritt und führte 1925 das System des Goldstandards wieder ein, wobei man den Vorkriegsgoldwert des Pfundes als Basis für die Goldkonvertibilität des Papiergeldes nahm. Viele Länder zogen nach. Sogar Deutschland und Italien organisierten nach

einer Phase der Hyperinflation die Rückkehr zu einer starken, stabilen Währung. Andere Länder, einschließlich Frankreich und Belgien, kündigten ebenfalls eine Währungsreform an, die mit Wiederherstellung der Golddeckung einherging, allerdings ohne den Vorkriegsgoldwert ihrer Währung als Konvertibilitätsbasis anzunehmen. Im Gegenteil reduzierten sie den Wert auf einen Bruchteil des Vorkriegswertes; sie reformierten ihr Währungssystem folglich auf der Grundlage einer schwachen Währung. In geldpolitischer Hinsicht gab es jetzt also zwei verschiedenen Gruppen von Ländern: eine erste Gruppe mit einer starken Währung und hohen Exportpreisen und eine zweite Gruppe mit einer schwachen Währung und niedrigen Exportpreisen. Bei der zweiten Gruppe blühte der Export. Dagegen litt die erste Gruppe und die Arbeitslosigkeit stieg; und um dies zu bekämpfen, griffen die betroffenen Länder zu protektionistischen Maßnahmen, um den Importfluss aus den billigeren Ländern aufzuhalten.

Eine anschwellende Kreditinflation, Investitionsfieber und eine Welle spekulativer Investitionen auf den US-amerikanischen und europäischen Börsenmärkten während der zwanziger Jahre unterminierte die Rückkehr zu einer stabilen Weltwirtschaft noch weiter. Die beeindruckende Expansion der amerikanischen Wirtschaft während und direkt nach dem Krieg schuf eine Geisteshaltung in den USA, die die Menschen in dem Glauben ließ, sie lebten in einer Zeit eines ewigen Aufschwungs und Wohlstands. Dies führte zu einer Intensivierung der Expansionsinvestitionen, insbesondere im Bereich der Gebrauchsgüter. Die rapide Entwicklung von Ratenkauf auf diesem Gebiet schien die Entstehung eines neuen und großen Marktes zu gewährleisten. In Europa waren die Politiker und Ökonomen überzeugt, dass die Stabilisierung der Währung einen ähnlichen Expansionseffekt hervorbringen würde. Die Erwartung eines allgemeinen Industriewachstums war jetzt weltweit so groß, dass die Aktienpreise zu steigen begannen. Im Gefolge davon drang auch Kreditinflation in die Finanzmärkte ein und in kurzer Zeit kannte die Börsenspekulation keine Grenzen mehr. Eine allgemeine Welle spekulativer Aktieninvestitionen breitete sich aus. Aus New York über London floss gleichzeitig eine große Menge kurzfristiger Kredite nach Deutschland, Süd- und Südosteuropa, wo die Zinsen höher waren und die Wiedereinführung der Golddeckung das Vertrauen stärkte.

3.3 Das Elend der weltweiten Krise (1929-1939)

Der Rückschlag folgte bald. Im Oktober 1929 brach die New Yorker Börse zusammen. Der Aktienindex, der nach Jahren der Stagnation in kurzer Zeit von 100 auf 216 gestiegen war, fiel jetzt ins Bodenlose und erreichte 1932 seinen Tiefpunkt bei 30. Das gleiche Schicksal erwartete die europäischen Börsen. Der enorme Verlust von Vermögen und Einkommen, der darauf folgte, lähmte die wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Arbeitslosigkeit stieg sehr stark an und betraf in einigen Ländern ein Viertel aller Arbeitskräfte. Wenn man in einigen Fällen die zeitweilig Arbeitslosen mit einrechnete, war fast die Hälfte aller Arbeitskräfte ohne Beschäftigung. In den Industrieländern steckte das System der Arbeitslosenversicherung noch in den Kinderschuhen, sodass Not und Elend oft dramatische Ausmaße annahm. Nur wenig besser war die Situation in den Kolonien und den unterentwickelten Gebieten; dort gingen die Einkommen als Folge der weltweiten Krise zurück, weil die Rohstoffpreise zusammenbrachen.

Ebenso bedrohte die weltweite Krise den Bank- und Kreditsektor. Hunderte von Banken in den Vereinigten Staaten und in Europa gerieten unter extremen Druck durch ausstehende Kreditgelder, die als Ergebnis von Konkursen verloren waren oder aufgrund der Krise eingefroren werden mussten. Es gab im Bankensektor unzählige Konkurse. Als Resultat der allgemein mangelhaften Liquidität und einem zunehmenden Vertrauensverlust leerten viele Bankkunden ihre Konten. Amerikanische Banker forderten ihrerseits die sofortige Rückzahlung der Kredite, die in Mitteleuropa noch ausstanden. Dies wiederum brachte einige österreichische und deutsche Banken in arge Bedrängnis, und auch die Banken in London, die kurzfristige Kredite amerikanischer Provenienz insbesondere in Österreich und Deutschland vergeben hatten. Als die Banken in beiden Ländern die Rückzahlungen einstellten, wurde die Situation für die Londoner Banken wie auch die Bank von England unhaltbar.

Am 21. September 1931 hob die britische Regierung die Golddeckung auf. Anders ausgedrückt: Das Pfund war nicht mehr in Gold zu konvertieren und wurde jetzt zu einer freien Währung, deren Wert nicht länger durch eine Goldmenge, sondern durch Angebot und Nachfrage bestimmt wurde. Dem britischen Beispiel folgten die Länder des Commonwealth und noch einige andere; 1933 auch die USA und die Länder ihres Einflussbereichs. Eine Gruppe von europäischen Ländern hielt auch weiterhin an der Golddeckung fest; ihre Währungen blieben goldkonvertierbar und behielten den Goldwert, der ihnen während der Währungsreformen in den zwanziger Jahren zugesprochen worden war. Dieser „Goldblock“ wurde von Frankreich angeführt, auch Belgien gehörte dazu.

Da der Wert der freien Währungen an den internationalen Börsen gegenüber den stabilen und immer noch konvertiblen Währungen des Goldblocks rapide abnahm, war der Außenhandel weiteren Verschiebungen unterworfen. Die Erzeugnisse von Ländern mit freier Währung waren auf dem Weltmarkt spottbillig, während die der Goldblockländer teuer und nur schwer verkäuflich waren. Viele Länder mit freier Währung, ganz besonders Großbritannien, manipulierten sogar jetzt noch den Geldmarkt, um den Wert ihrer Währungen und somit die Preise ihrer Exportgüter niedrig zu halten, was den internationalen Wettbewerb noch weiter verzerrte. Die Erfahrungen der Länder in den Pfund-Sterling- und Dollar-Zonen, die ihre Währungen zuvor auf einem zu hohen Niveau stabilisiert hatten, wurde jetzt auch von den Goldblockländern gemacht. Das Ergebnis war eine drastische Heraufsetzung der Einfuhrzölle in diesen Ländern und die Festsetzung von Einfuhrkontingenten; die Einfuhr bestimmter Güter war vollkommen verboten. Die Subventionen wurden erhöht und andere Verteidigungsmaßnahmen wurden ergriffen. Kurz: Überall in der westlichen Welt triumphierte der Protektionismus. Die Folgen für die Entwicklung des internationalen Handels waren katastrophal und die leichte Erholung in den zwanziger Jahren wich einem totalen Zusammenbruch.

In ihrem Kampf mit der Krise in den dreißiger Jahren dehnten die Regierungen ihre Interventionen aus und der Dirigismus gewann erheblich an Boden. In vielen Ländern umfasste dies diverse Ad-hoc-Maßnahmen zu Bekämpfung der Krise; in den USA jedoch ging die Regierung weiter. Präsident Roosevelt startete ein umfassendes und kohärentes Programm, den New Deal, der den verschiedenen Wirtschaftssektoren aus der Klemme helfen sollte. Im nationalsozialistischen Deutschland, im faschistischen Italien, in Spanien und Portugal wurde die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen von den Regierungen korporatistisch

organisiert. In der Sowjetunion war die Wirtschaft noch weitgehender in einen allumfassenden Plan integriert.

Es zeigten sich vier Gründe für das Scheitern des liberalen Wirtschaftsmodells des 19. Jahrhunderts in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Erstens war das Prinzip einer offenen Weltwirtschaft, das auf einem System stabiler Währungen beruhte, anscheinend vollkommen überholt. Jedes Land versuchte jetzt, sich mit einer auf Autarkie angelegten, neo-merkantilistischen Politik abzuschließen, wobei der Außenhandel auf einen marginalen, streng kontrollierten Sektor reduziert wurde.

Zweitens wandte man sich von staatlicher Seite einer aktiven Vollbeschäftigungspolitik zu. Dieser neue Aspekt stellte die Aufmerksamkeit in den Schatten, die man zuvor den Versorgungsfaktoren gewidmet hatte – das heißt also, der Produktion –, um größeren Wohlstand zu erreichen. Jetzt hob man die zentrale Bedeutung der Nachfrage hervor, wenn man Wohlstand schaffen wollte. Sowohl in den USA als auch in vielen europäischen Staaten war die Organisation öffentlicher Großprojekte während der Krise ein erstes Zeichen für eine Veränderung im ökonomischen Denken der Regierungen. Öffentliche Projekte, so das neue Denken, würden zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, zusätzliches Einkommen, eine zusätzliche Nachfrage nach Waren und folglich eine Rückkehr des Wohlstands. Das beschleunigte Wettrennen zum Ende der dreißiger Jahre war ein Ausdruck des gleichen Denkens. Der englische Ökonom John Maynard Keynes sollte diesem neuen Denken eine theoretische Formulierung und Rechtfertigung geben und dem „Keynesianismus“ seinen Namen.

Ein dritter Grund lag in der Entwicklung der wirtschaftlichen Führungsposition auf der Welt. Der Eurozentrismus des 19. Jahrhunderts war jetzt Vergangenheit. Die industrielle und finanzielle Führungsposition hatten eindeutig die Vereinigten Staaten inne, deren Vorsprung in Bezug auf die Arbeits- und Kapitalproduktivität enorm war wie auch in Bezug auf die finanziellen Ressourcen. Auch Japan entwickelte seine ökonomische Dominanz in Asien. Nach Meinung von Charles S. Kindleberger war es genau diese Verschiebung in der Führungsposition, die dazu führte, dass die Ernsthaftigkeit der Krise in den dreißiger Jahren nicht entschärft wurde. Als vor dem Ersten Weltkrieg eine wirtschaftliche Talfahrt begann, spielte Europa, insbesondere aber Großbritannien, eine wirkungsvolle Führungsrolle und glich Kapital- und Einkommensverluste mit der großzügigen Vergabe von Krediten aus. Während des Konjunkturrückgangs in den dreißiger Jahren hatte Europa aber nicht mehr die Mittel, solche Kredite zu vergeben, die Vereinigten Staaten dagegen sehr wohl. Doch die amerikanische Regierung sträubte sich, die Rolle der Führungsmacht von Europa zu übernehmen und blieb damit der traditionellen amerikanischen Haltung des Isolationismus treu. Das bedeutete, dass die Verluste und Defizite nicht abgedeckt wurden, und somit konnte die ernsthafte Krise nicht aufgefangen werden.

Als vierter Grund ist die Krise der Institutionen zu nennen. Im Verbund mit der politischen Unredlichkeit brachte das Scheitern des klassischen liberalen Modells – was zusätzlich durch die wirtschaftliche Depression hervorgehoben wurde – ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit hervor. Die öffentliche Meinung forderte eine grundlegende Reform der ökonomischen und politischen Institutionen sowie eine Modernisierung und Anpassung des Modells der parlamentarischen Demokratie. Auf der extremen Rechten und extremen Linken ent-

standen Parteien, die bei den Wahlen Erfolg hatten. Die Regierungen setzten Kommissionen zur Reform der Institutionen ein; aber die Ergebnisse dieser Kommissionen gingen meistens nicht über einige Vorschläge für Ad-hoc-Maßnahmen hinaus. In einigen Ländern kamen rechtsextreme Parteien an die Macht und etablierten sowohl politisch als auch ökonomisch eine „Neue Ordnung“.

3.4 Der Zweite Weltkrieg (1939-1945)

Letztlich war es der Aufstieg der Regime, die diese „Neue Ordnung“ durchsetzten, der zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs führte, währenddessen der Dirigismus einen neuen Zenit erreichte. Darüber hinaus übertrafen die Zerstörung von Sachwerten, das menschliche Elend und die Anzahl der Opfer den Ersten Weltkrieg bei weitem. Das einzig Positive während dieser Kriegsjahre war der wachsende Konsens unter den Völkern, sich nach dem Krieg zusammenzuschließen, um eine neue und bessere Welt aufzubauen, und zwar auf der Grundlage einer modernen parlamentarischen Demokratie, einem wirkungsvollen System aus einer gemischten Ökonomie und einer innovativen internationalen Zusammenarbeit.

4. Von einer gemischten Nationalökonomie zur globalisierten Ökonomie (1945-1999)

4.1 Die dreißig goldenen Jahre der Mischwirtschaft (1945-1975)

Die Wiederherstellung des Weltfriedens im Jahr 1945 kündigte eine lange Periode wirtschaftlicher Expansion und sozialen Fortschritts an. Was die ersten drei Jahrzehnte betrifft, kann man sogar von einer spektakulären Expansion und spektakulärem Fortschritt sprechen. Obwohl der Schwung auch in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten nicht gänzlich verloren ging, schwächte er sich doch spürbar ab. Einige neue Vergleichszahlen illustrieren die außergewöhnliche ökonomische Entwicklung während des dritten Viertels des 20. Jahrhunderts. In der Zeit von 1950-1975 betrug die Wachstumsrate des Bruttonationaleinkommens pro Kopf in den 16 wichtigsten Ländern des Westens 3,8% pro Jahr. Wenn man die Senkung der Arbeitszeiten mit einrechnet, ist diese Zahl noch höher: 4,5% pro Jahr. Das ist vor allem bemerkenswert, wenn man es mit den Zahlen von 1870-1913 vergleicht, einer viel versprechenden Periode, in der die moderne Weltwirtschaft aufgebaut wurde. In diesen Jahren wuchs die Wirtschaft kaum 1,4% pro Jahr. Während der Krisenjahre 1913-1950 war die Wachstumsrate natürlich noch niedriger und lag bei 1,2% pro Jahr. Auch in den Jahren 1979-1995 fiel das Wachstum geringer aus. Was den sozialen Fortschritt betrifft, kann Belgien hier als repräsentatives Beispiel gelten. Der Anteil des Einkommens aus bezahlter Erwerbsarbeit am nationalen Gesamteinkommen stieg von 36% auf 60%. Mit anderen Worten entwickelte sich die Verteilung des nationalen Einkommens zunehmend zugunsten der Lohnempfänger.

Welche Faktoren waren für diese außergewöhnliche Leistung verantwortlich? Zunächst wirkte ein allgemeiner Faktor, genauer gesagt, die Expansion dessen, was man später die Zweite Industrielle Revolution nannte; zweitens eine Reihe von rein wirtschaftlichen Variablen sowohl auf der Nachfrage- wie auch der Angebotsseite; und drittens gibt es drei repräsentative institutionelle Faktoren.

Um die Expansion der so genannten Zweiten Industriellen Revolution zu erklären, muss ich ein wenig ausholen. Die Erste Industrielle Revolution kam gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Gang und wurde von der Erfindung der Dampfmaschine und der darauf folgenden Mechanisierung der Industrie beherrscht. Sie ergriff weite Teile Europas während des 19. Jahrhunderts und die Vereinigten Staaten nach 1850. Die Zweite Industrielle Revolution begann am Ende des 19. Jahrhunderts und war durch die Entdeckung neuer Energiequellen wie Gas, Elektrizität und Erdöl gekennzeichnet. Weitere Aspekte waren die Entstehung einer modernen chemischen Industrie, die Ablösung von Gusseisen durch Stahl und das Aufkommen neuer Formen der Arbeitsorganisation, einschließlich natürlich des Fordismus.

Alle diese Innovationen hatten ihren Weg in die westlichen Ökonomien schon vor dem Ersten Weltkrieg gefunden, insbesondere in die USA. Schon zu dieser Zeit hinkte Europa beim Aufgreifen von Innovationen spürbar hinter den USA her, und die beiden Weltkriege und die Depression in den dreißiger Jahren sollten diese Kluft noch erheblich verbreitern. (Es ist natürlich auch zutreffend, dass die Depression die Entwicklung von Innovationen der

Zweiten Industriellen Revolution auch in den USA behinderte, aber dennoch profitierte die amerikanische Wirtschaft von beiden Weltkriegen.) Erst nach 1945 kamen die Vorteile der Zweiten Industriellen Revolution in Europa allgemein zum Tragen; auch Japan und bestimmte andere Länder profitierten jetzt davon. Nun konnten die Staaten Europas und Japan die Kluft zwischen ihnen und den USA verringern. Das war im gesamten Westen nach dem Zweiten Weltkrieg von entscheidender Bedeutung für die Errichtung des modernen Wohlfahrtsystems.

Die Reihe von rein ökonomischen Variablen schließt auch Faktoren mit ein, die das Anwachsen von Produktion und Nachfrage umfassen. Auf der Produktionsseite (Angebot von Gütern und Dienstleistungen) muss man zunächst den größeren technischen und wissenschaftlichen Fortschritt der Landwirtschaft im Westen erwähnen, der für ein signifikantes Anwachsen der Arbeits- und Bodenproduktivität sorgte; das führte zu mehr und besseren landwirtschaftlichen Produkten auf weniger Anbaufläche mit viel weniger Arbeit.

Einer der wichtigsten Faktoren für die Produktionsexpansion in anderen Wirtschaftssektoren in der Zeit von 1945-1975 liegt in der Nutzung von mehr und höher qualifizierter Arbeit. Durch die Absorbierung der massiven Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit, durch Bevölkerungswachstum in vielen Ländern, durch die Flucht der Arbeit aus der Landwirtschaft, durch die Zuwanderung von Migranten und die steigende Teilnahme von Frauen am wirtschaftlichen Leben kam es zu einer stärkeren Nutzung von Arbeitskräften. Die Nutzung von besser ausgebildeten Arbeitskräften wurde durch die Demokratisierung von Bildung und verbesserte Ausbildungsstandards auf allen Ebenen ermöglicht.

Für das steile Wachstum der Nachkriegsproduktion war ebenfalls die Kapitalbildung entscheidend, die in Europa und Japan viel beträchtlicher war als in den USA. Dieser Unterschied erklärt zum Teil, warum Europa und Japan in Bezug auf die Arbeitsproduktivität so rasch mit den USA gleichziehen konnten. Am Anfang spielte die Eigenfinanzierung bei der Kapitalbildung eine bestimmende Rolle. Später jedoch gewann die Finanzierung von außen kontinuierlich an Bedeutung – ein Ergebnis der wachsenden Aktivität institutioneller Investoren auf den Finanzmärkten, um nur eine Ursache von vielen zu nennen. Die Entstehung des Eurodollarmarktes stimulierte die Expansion ausländischer Investitionen, insbesondere die Niederlassung amerikanischer Firmen in Europa und Japan. Während der sechziger Jahre war dies der Kanal für größere Technologietransfers und für die Einführung moderner Managementtechniken aus den USA nach Europa und Japan.

Die Kapitalbildung blieb nicht auf die quantitative Aufstockung von Maschinen und technischen Anlagen beschränkt, sondern sie war auch durch eine qualitative Verbesserung gekennzeichnet. Erfindungen und Innovationen waren in der Vergangenheit immer von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt, und es hatte seit Beginn der Industriellen Revolution ganz klar eine Beschleunigung in dieser Hinsicht gegeben. In diesem Entwicklungsprozess stellt die Nachkriegszeit jedoch einen Bruch mit der Vergangenheit dar. Seit dieser Zeit hatte die angewandte industrielle Forschung einen ausgesprochen wissenschaftlichen und professionellen Charakter. Darüber hinaus wurde sie zu einer so allgemeinen Angelegenheit, dass der technische Fortschritt nicht mehr das Ergebnis zufälliger Umstände

war, sondern institutionalisiert und systematisiert wurde, was dem Wachstum der Produktion eine kraftvolle Dynamik verliehen hat.

Auf der Nachfrageseite waren zwei Faktoren ausschlaggebend. Der beträchtliche Einkommensanstieg von Lohn- und Gehaltsempfängern nach 1945 war nicht nur nominal, sondern real – das heißt, wenn man auch die steigenden Lebenshaltungskosten mit einrechnet – und brachte einen enormen Anstieg der Nachfrage nach nicht lebensnotwendigen Gütern mit sich, ganz besonders nach langlebigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen. Das Anwachsen der Einkommen war auf den steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückzuführen und mit einer Reihe von institutionellen Faktoren zu erklären, die dafür sorgten, dass ein großer Anteil der Gewinne aus der höheren Arbeitsproduktivität in die Löhne floss.

Der zweite dieser Nachfragefaktoren war die Explosion des Außenhandels. Zwischen 1950 und 1975 expandierte der Weltaußenhandel viel schneller als die Produktion; der Kontrast zu den Zwischenkriegsjahren war verblüffend. Die westlichen Industrieländer hatten diese Expansion anscheinend angetrieben. Schließlich veränderte sich die Zusammensetzung des Welthandels – womit gehandelt wurde: während vor dem Krieg Primärgüter wie landwirtschaftliche Produkte, Rohstoffe und Energieträger den Vorrang hatten, traten jetzt Industrieprodukte in den Vordergrund; ein Trend übrigens, der auch nach 1975 anhielt.

Eine dritte Kategorie von Faktoren, die positive Auswirkungen auf das beeindruckende Wachstum des dritten Viertels des 20. Jahrhunderts hatten, war institutioneller Natur; damit ist der Aufbau einer Mischwirtschaft gemeint, die Liberalisierung des Außenhandels im Kontext stabiler Währungen und letztlich die Einrichtung einer Reihe von supranationalen Institutionen, die in der Lage sind, mögliche Spannungen zwischen nationalen und internationalen Interessen abzufedern.

Der Aufbau eines gemischten Wirtschaftssystems in Europa direkt nach dem Krieg setzte eine maßgebliche Verschiebung im staatlichen Wirtschaftsdenken voraus. Keynesianische und neokeynesianische Theorien ersetzten jetzt das, was vom klassischen Liberalismus übrig geblieben war. Die neuen Ideen von Keynes kann man folgendermaßen zusammenfassen: Wenn ein Einbrechen der Konjunktur droht, kann die Marktwirtschaft nur durch eine schnelle Intervention seitens der Regierung zur Anregung der Nachfrage stabil gehalten und die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten werden. Darüber hinaus können nur Regierungen – über ein System sozialer Sicherungsmaßnahmen und Einkommensumverteilung – eine gerechte und sozial verantwortliche Verteilung des Einkommens gewährleisten. Und nur Regierungen allein können das richtige Funktionieren einer ökonomischen Demokratie bewerkstelligen, indem sie das alte Modell vom Kampf von Kapital und Arbeit durch ein Modell der Kooperation und der gemeinsamen Diskussion sowohl auf der Ebene der einzelnen Firma als auch eines ganzen Wirtschaftszweiges und auf nationaler Ebene ersetzen. Hier wird die Kontrolle der Regierung oder die staatliche Leitung für den entscheidenden Faktor gehalten.

Die Idee hinter der keynesianischen Doktrin war statisch; ihr Ausgangspunkt war die Aufrechterhaltung des ökonomischen Gleichgewichts mit Vollbeschäftigung. Durch die Integration einer dynamischeren Theorie des ökonomischen Wachstums wurde diese Doktrin weiterentwickelt; danach konnten mehr und besseres Kapital, bessere Arbeitskräfte und eine

verbesserte Organisation ein zusätzliches Anwachsen der Produktion schaffen und auf dem Wege der fairen Umverteilung der Früchte dieses Wachstums das allgemeine Wohlstandsniveau heben. Die Integration der Theorie wirtschaftlichen Wachstums sollte der Politik der Nachkriegsregierungen einen starken Impuls und ihrem Handeln an der ökonomischen Front eine langfristige Perspektive geben. Wirtschaftswachstum – und die Beschleunigung dieses Wachstums – wurde nun zur höchsten Priorität der Politik der Nachkriegsregierungen und alle Regierungsverlautbarungen nahmen unentwegt Bezug darauf. Auf diese Weise wurde der Grundstein für den Aufbau einer modernen Wohlfahrts- und Verbrauchergesellschaft gelegt.

Der Nachkriegsaufbau einer Mischwirtschaft in Europa und die besondere Betonung des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung hatten gewichtige Folgen für die Wirtschaftspolitik als solche. Die Interessen der nationalen Ökonomien standen nun im Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit anderen Worten: Bei der Regierungspolitik hatte nun das innere wirtschaftliche Gleichgewicht Vorrang vor dem äußeren Gleichgewicht. Die amerikanische Regierung reagierte sofort darauf. Die Position der Vereinigten Staaten als mächtigster Nation der Welt war stärker als jemals zuvor. Jetzt waren sie bereit, sowohl die politische als auch die ökonomische Führung zu übernehmen. Gewiss spielte der Wunsch nach Hegemonie eine Rolle dabei; der entscheidende Faktor war aber die Überzeugung, dass die Entstehung wirtschaftlicher Kokons innerhalb der nationalen Grenzen die Gefahr einer Rückkehr zum Elend der Zwischenkriegsjahre in sich tragen konnte. Aber mehr noch: Die Führung und die Überlegenheit, die die amerikanische Wirtschaft genoss, sorgte mit Sicherheit dafür, dass die Industrie der USA von einer offenen Weltwirtschaft mehr als von geschlossenen Weltmärkten profitieren würden.

Die Prinzipien einer neuen Weltwirtschaftsordnung waren schon 1944 in den Vereinbarungen von Bretton Woods niedergelegt worden; die Grundlage dafür war nicht nur eine offene und freie Marktwirtschaft, in der Güter und Kapital ohne Hindernisse zirkulieren konnten, sondern auch ein stabiles und dennoch mehr oder weniger flexibles Währungssystem. Der Eckpfeiler dieses Systems war die Goldkonvertibilität des Dollar und dass alle Währungen untereinander und in Dollar konvertibel waren, das heißt also auch in Gold. Um die „Neue Weltordnung“ in das System nationaler Prioritäten, das zu dieser Zeit in Europa herrschte, zu integrieren, plante man die Einrichtung supranationaler Institutionen. An erster Stelle sollte ein Internationaler Währungsfonds (IWF) kurzfristige Kredite an nationale Ökonomien vergeben, die mit zeitweiligen externen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Diese Hilfe sollte dafür sorgen, dass Anpassungen wie Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen oder Währungsabwertungen vermieden werden können. Zweitens sollte eine Weltbank die Wachstumspolitik der nationalen Regierungen unterstützen, und zwar durch die Gewährung langfristiger Kredite für Projekte, die der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Schließlich sollte die Welthandelsorganisation die Liberalisierung des Außenhandels vorantreiben.

1947 nahmen der IWF und die Weltbank die Geschäfte auf, obwohl es bis 1959 dauern sollte, bevor der Golddollarstandard eingeführt wurde, wie man ihn in Bretton Woods vereinbart hatte. Zu dieser Zeit wurde keine internationale Handelsorganisation eingerichtet, denn Europa befürchtete, dass diese Organisation den USA als Vorwand dienen könnte, die Welt mit ihren Produkten zu überschwemmen. Aber 1948 unterzeichneten 23 Länder ein vorläufiges Protokoll – das GATT-Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) –, das ein

allmähliches Herunterfahren der Importbeschränkungen und die Reduktion der Einfuhrzölle vorsah. Mit ihren regelmäßigen Verhandlungsrunden und der wachsenden Mitgliederzahl sollte die GATT-Organisation eine Vorreiterrolle bei der Liberalisierung des Welthandels spielen. Dennoch hatten die europäischen Länder das Gefühl, dass dies eine Hintertür war, durch die die amerikanische Konkurrenz in Europa zu dominant werden könnte. Aus diesem Grund – und nach dem Vorbild der Benelux-Staaten – wurde 1958 der Gemeinsame Markt eingerichtet (sechs Länder unter der Führung von Frankreich und Deutschland); darauf folgte 1960 die Einrichtung der Europäischen Freihandelszone (sieben Länder unter der Führung Großbritanniens). Innerhalb kurzer Zeit eliminierte der Gemeinsame Markt alle Handelshindernisse auf seinem Gebiet und schützte sich gegen zu heftige Konkurrenz mit Hilfe eines gemeinsamen Einfuhrzolls, des CET (Common External Tariff). Der Gemeinsame Markt zeigte sich als grandioser Erfolg und dehnte sich allmählich aus; derzeit gehören ihm 25 Staaten an, und noch weitere Beitrittskandidaten klopfen an die Tür. Der Gemeinsame Markt entwickelte sich weiter, wurde zur Europäischen Wirtschaftsunion (EWG) und schließlich zur EU. Seit 2002 gibt es in zwölf Staaten eine gemeinsame Währung, und die ökonomische Integration schreitet immer weiter voran.

4.2 Die Mischwirtschaft unter Druck (die siebziger Jahre)

Hand in Hand mit dem Prozess der europäischen Integration schuf das System einer offenen Weltwirtschaft, das im Kontext stabiler und konvertibler Währungen funktionierte, einen soliden Rahmen für die Wiederbelebung des Welthandels nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese beiden Faktoren haben zweifellos zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt beigetragen. Doch im Laufe der Zeit gerieten sie in Konflikt mit der expansiven Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten. Die Wachstumsstrategie der Mischwirtschaft brachte eine gewisse Unbeweglichkeit mit sich, die mit der weiteren Expansion der Weltwirtschaft im Rahmen von Bretton Woods unvereinbar war. In jedem einzelnen Land zeigten die großen Unternehmen zunehmend oligopolistische Züge, der Arbeitsmarkt verlor einen erheblichen Teil seiner ehemaligen Flexibilität, und der Staat wurde zum bei weitem größten Arbeitgeber des Landes und erbrachte immer mehr Dienstleistungen unter vollkommenen Monopolbedingungen, ohne die Arbeitsproduktivität zu berücksichtigen.

Unter dem Druck dieser Umstände stiegen die Preise und Löhne seit der Mitte der sechziger Jahre. Der inflationäre Trend wurde noch weiter getrieben durch die Vollbeschäftigungspolitik und die Beschleunigung des Wachstums, aber auch durch die Tarifverhandlungen. Der Lohnanstieg, der Gegenstand der Verhandlungen war, wurde ursprünglich tatsächlich durch das allgemeine Ansteigen der Arbeitsproduktivität bestimmt. In den alten, arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen lag der Produktivitätszuwachs jedoch beträchtlich unter dem nationalen Durchschnitt; dennoch wurden die Löhne auch hier weiter in die Höhe getrieben, und zwar aufgrund der ausgehandelten Tarifverträge. Dies führte zu einem Anstieg der Produktpreise, um Gewinnverluste zu vermeiden. In den neueren kapitalintensiven Bereichen war der Produktivitätszuwachs überdurchschnittlich, was zum Sinken der Preise hatte beitragen können, aber das geschah nicht, weil die entsprechenden Unternehmen im Großen und Ganzen eine oligo- bzw. monopolistische Position innehatten. Nachdem die Preisinflation in

Gang gekommen war, führte sie zum weiteren Steigen der Löhne, um die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen, was aber wiederum zu einem weiteren Preisanstieg führte.

Die Preis- und Lohninflation stieg so stark an, dass die Exportindustrien einiger Länder auf dem Weltmarkt in Schwierigkeiten gerieten; und das System der Mischwirtschaft verhinderte innere Anpassungen wie etwa eine Senkung der Löhne. Es gab Anpassungen, und zwar mittels Währungsabwertungen, die vom Internationalen Währungsfonds überwacht wurden. Die betroffenen Länder bedienten sich dieser Maßnahme regelmäßig, auch wenn es allgemein nicht für gut befunden wurde, denn implizit warf dies ein schlechtes Licht auf die Wirtschaftspolitik, die man verfolgte. Seit den sechziger Jahren, als der Krieg in Vietnam eskalierte, wuchs die Preisinflation in den USA so bedrohlich an, dass auch dort eine Anpassung notwendig wurde. Als Lösung für diese Schwierigkeiten nahmen sich die USA in ihrer Position als Weltführungsmacht einseitig das Recht heraus, die Vereinbarung von Bretton Woods zu brechen. Im August 1971 gaben die Vereinigten Staaten die Goldkonvertibilität des Dollar auf. Innerhalb von kurzer Zeit wurde das System fester Wechselkurse durch ein System freigegebener Wechselkurse ersetzt und der Wert des Dollar gegenüber anderen Währungen nahm stark ab.

Da die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) ihre Preise in Dollar festgesetzt hatte, erlitt sie schwere Verluste bei Exporten in Länder ohne Dollar-Währung. Um diese Verluste auszugleichen, erhöhte das Kartell seine Preise im November 1973 ganz erheblich, was der weltweiten Inflationsspirale noch eine weitere Drehung bescherte. Es dauerte nicht lange, bis die Reaktion kam. Zahlreiche Unternehmen arbeitsintensiver Wirtschaftszweige in den Industrieländern beeilten sich, die inzwischen verteuerte Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Andere verlagerten ihre Produktion zunehmend in Niedriglohnländer, veranlasst vom technischen Fortschritt auf dem Transportsektor und von der Reduktion der Transportkosten. Im Westen begann eine Phase umfangreicher Deindustrialisierung, die in den meisten Industrieländern zu ernsthafter struktureller Arbeitslosigkeit führte.

4.3 Die Neustrukturierung der Mischwirtschaft in einem globaleren Licht (1980-1999)

Die Reaktion der westlichen Regierungen auf die Krise von 1970 war besonders unglücklich. Sie waren der Auffassung, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten rein zyklischer Natur waren und glaubten, dass sie es mit einer temporären Rezession zu tun hatten, der man – auch wenn sie zweifellos viel ernster als vorangegangene Rezessionen war – dennoch am schnellsten und umfassendsten mit der Anwendung einer keynesianischen Therapie begegnen sollte. Das hatte zur Folge, dass die meisten eine Politik der Defizitfinanzierung großen Stils betrieben, um die Nachfrage kräftig anzukurbeln, wodurch die Produktion wiederbelebt und die Arbeitslosigkeit absorbiert würde. Unglücklicherweise stellte sich heraus, dass dieses Rezept nicht mehr angemessen war. Im Gegenteil hatte es eine Reihe von unerwünschten Auswirkungen. Die Preisinflation schraubte sich weiter nach oben und zog im Gefolge auch die Löhne nach oben. Bei den Lohnverhandlungen schlossen die Arbeitnehmervertreter in ihre Forderungen hohe Margen für erwartete Preissteigerungen mit ein. Darüber hinaus brachte die De-

fizitfinanzierung die öffentlichen Haushalte in totale Unordnung, und die Staatsverschuldung nahm gefährliche Ausmaße an. Noch ernsthafter war aber die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die – anstatt abzunehmen – immer weiter zunahm. Tatsächlich drängten die Unternehmer jetzt schneller darauf, Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen oder in Niedriglohnländer abzuwandern. In der Wirtschaftstheorie wurde ein neuer Begriff erfunden, die „Stagflation“ – eine Kombination von Stagnation und Inflation. Schließlich wurde den Regierungen klar, dass die steigende Arbeitslosigkeit nicht nur einfach zyklisch, sondern ein strukturelles Problem war. Es wuchs das Bewusstsein, dass die westlichen Mischwirtschaften als solche in einer schweren Strukturkrise steckten und dass man jetzt angemessene Maßnahmen ergreifen musste.

Zu Beginn der achtziger Jahre fand ein Kurswechsel in den Mischwirtschaften statt. Der Kampf gegen die Inflation – mit anderen Worten, die Stabilisierung des Preisniveaus – wurde zur alles überragenden Priorität der Regierungspolitik, sogar auf Kosten des kurzfristigen Wachstums. Seit 1981 verfolgten die westlichen Regierungen, die vom amerikanischen Präsidenten Reagan und der britischen Premierministerin Thatcher angeführt wurden, eine resolute Deflationspolitik, die von einer monetaristischen Theorie angeregt wurde, also auf eine drastische Reduktion der Geldmenge zielte. Gleichzeitig verfolgten sie eine expansive Politik, die einen neoliberalen Stempel trug. Noch immer sollte die Nachfrage stimuliert werden, aber nicht mehr direkt durch die Erhöhung der Staatsausgaben; vielmehr wollte man das indirekt durch die Verringerung der Besteuerung erreichen, die, so nahm man an, den privaten Verbrauch erhöhen und private Investitionen fördern würden. Außerdem wurden besondere Maßnahmen ergriffen, um die Rationalisierung beim Angebot von Gütern und Dienstleistungen zu begünstigen: Zahlreiche öffentliche Unternehmen wurden privatisiert; die exzessive Regulierung, die den freien Wettbewerb behinderte, wurden herunter gefahren (Deregulierung) und es wurde ein unbedingt ausgeglichener Haushalt angestrebt. Defizitfinanzierung hielt man für grundsätzlich falsch, und an die Reduktion des Steueraufkommens war eine Senkung der Staatsausgaben gekoppelt. Der Staat musste verschlankt und der freie Wettbewerb gefördert werden.

Kurzfristig gesehen, rief diese große Richtungsänderung in der Regierungspolitik ein schweres ökonomisches Unbehagen hervor. Das drastische Ansteigen der Zinssätze und die ebenso drastische Kreditbeschränkung führten zu einer plötzlichen Schrumpfung der Geldmenge und als Folge zu einem ernsten Rückgang der Nachfrage. Geld war also keineswegs ein neutraler Faktor, wie die Monetaristen behaupteten. Ein Schrumpfen des Geldangebots wirkte sich unmittelbar negativ auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aus, während sich die positiven Effekte der Steuersenkungen erst nach sehr langer Zeit zeigten. Die wirtschaftliche Abwärtsbewegung wurde durch die internationale Schuldenkrise verschärft, die 1982 in Lateinamerika und im Ostblock ausbrach; diese Krise war eine Konsequenz des beträchtlichen Anstiegs der Zinssätze im Westen.

Die Entschiedenheit der westlichen Regierungen und die Unterstützung der öffentlichen Meinung für den Kurswechsel führten schließlich zu den erforderlichen strukturellen Anpassungsmaßnahmen. Während der achtziger Jahre wurden die Preise wieder stabil, der Arbeitsmarkt wurde flexibler und der Wettbewerb auf dem privaten Sektor lebhafter. Überdies wurden der Expansion des öffentlichen Sektors Zügel angelegt, und die Bürokratisierung wurde

reduziert. Die Wirtschaftstheorie lernte, mit dem System der freien Wechselkurse zu leben, und auf dem Wege von Zusammenarbeit und gegenseitigen Vereinbarungen konnten die Zentralbanken allmählich allzu großen Schwankungen der Wechselkurse entgegenwirken. Dank des finanztechnischen Fortschritts konnten sich private Unternehmen jetzt besser gegen mögliche Schwankungen schützen.

Schließlich war die neoliberale Politik auch für den Durchbruch und den Erfolg der Dritten Industriellen Revolution von Nutzen; die großen Schrittmacher waren dabei die elektronische Revolution und die darauf folgende Automatisierung sowie die Biogenetik und die Fortschritte bei den Kommunikations- und Transporttechniken. Die Kombination von Neoliberalismus und Dritter Industrieller Revolution führte zu einer Expansion des internationalen Handels, intensivierte die internationalen Geld- und Kapitalbewegungen und trieb die Wanderung ökonomischer Aktivitäten von einem Industrieland zum nächsten, insbesondere von Hochlohnländern zu Niedriglohnländern. Auf diese Weise schufen sie die Basis für eine neue Bewegung hin zu wirtschaftlicher Integration der Staaten und zur Fusionierung und Konzentration von Unternehmen. Durch die daraus resultierende *economy of scale* (Wirtschaftlichkeit durch Masse) hofften sowohl Staaten als auch Unternehmen, die Chancen zur Expansion besser nutzen zu können, die die Globalisierung ihnen bieten würde.

Hinsichtlich der Integration war die bemerkenswerteste Errungenschaft die Errichtung der Europäischen Union – das Ergebnis der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) und des Vertrages von Maastricht (1992). Obwohl die Union ursprünglich vor allem der Wirtschaft in Europa aus den Schwierigkeiten der frühen achtziger Jahre helfen sollte, strebte sie bald höhere Ziele an, nämlich die Währungsunion, um eine weit reichende Integration der Wirtschaftspolitik aller Regierungen zu erreichen.

Der Neoliberalismus hatte ohne Zweifel einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Weltwirtschaft in den achtziger und neunziger Jahren. Dank der neoliberalen Reformen konnte sich die Mischwirtschaft des Westens erfolgreich umstrukturieren und ihre Strukturkrise überwinden, sodass sich die Wachstumsraten in den neunziger Jahren wieder positiv entwickelten. Dennoch hat das neoliberale Modell nicht alle Erwartungen erfüllt und viele Enttäuschungen haben in den vergangenen Jahren ihren Schatten darauf geworfen. Zunächst ist die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern auf unverändert hohem Niveau; die Neustrukturierung der Mischwirtschaft hat also bisher keine Lösung für das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit gebracht. Zweitens bedauern viele, dass das neoliberale Modell die Kluft zwischen Reichen und Armen national wie international weiter vertieft hat, anstatt sie zu mildern. Dennoch kann man nicht leugnen, dass einige Entwicklungsländer während der achtziger und neunziger Jahre den Sprung auf die Ebene der modernen Industrie geschafft haben; allerdings kann man genauso wenig leugnen, dass die Entwicklung vieler anderer Länder nur langsam vorangeht oder sogar Rückschritte zeigt. In dieser Hinsicht hat der Westen aufgrund der Tatsache Kritik auf sich gezogen, dass der Anteil des Bruttosozialprodukts, der für Entwicklungshilfe aufgewendet wird, zurückgegangen ist. Auch ist der vom Westen kontrollierte IWF dafür kritisiert worden, dass er bei der Vergabe von Hilfen strenge neoliberale Regeln eingehalten hat und dadurch kurzfristig Schwierigkeiten für die ärmeren Bevölkerungsgruppen verursacht hat. Aus den gleichen Gründen ist auch die IWF-Hilfe für Länder in Mittel- und Osteuropa unter Beschuss geraten; viele haben den IWF dafür gerügt, dass er die Transformation von der

Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft zu fest in eine neoliberale Zwangsjacke geschnürt hat – mit der Folge, dass die Armut in den unteren Einkommenschichten bedrohlich zunimmt.

Auch tadelt die Umweltbewegung die Protagonisten des neoliberalen Modells für die Deregulierung, für Umweltschäden in den Städten und auf dem Land, für einen Anstieg der Verschmutzung und eine Situation ungesunden Wettbewerbs. Letztlich sind viele überzeugt, dass das neoliberale Modell – unter anderem über die Globalisierung der Wirtschaft – zu einer überaus spekulativen Expansion des internationalen Geld- und Kapitalmarktes geführt hat und – über die rapide Entwicklung von Spitzentechnologie in der Finanzwirtschaft – die Gewährung von Krediten auf ein künstliches und gefährliches Niveau getrieben hat. Deswegen sagen uns die Untergangspropheten voraus, dass sich die Finanzkrise in Südostasien und Japan über Lateinamerika und die USA und über Ost- und Mitteleuropa bis nach Westeuropa ausbreiten wird. Was auch immer daran wahr sein mag: Die Krise hat die westlichen Regierungen zum Nachdenken darüber veranlasst, wie und in welchem Umfang man die internationalen Geld- und Finanzströme unter Kontrolle bringen kann.

Wenn sich die Regierungen darum bemühen, die internationalen Geld- und Kapitalbewegungen unter supranationale Kontrolle zu bringen, so ist dies ein Zeichen dafür, dass es an der Zeit ist, die Mischwirtschaft vor dem Hintergrund des neoliberalen Modells neu zu bewerten. Und tatsächlich geht die öffentliche Meinung in diese Richtung mit dem Ergebnis, dass Anfang der neunziger Jahre in einigen größeren Europäischen Ländern Mitte-Links-Regierungen an der Macht gekommen sind – mit dem Programm, strukturelle Wirtschaftsveränderungen in ihren Ländern durchzusetzen. In welche Richtung sich diese Politik entwickeln wird, ist noch nicht klar. Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, dass der staatliche Einfluss wieder zunehmen wird.

5. Epilog: Eine Zukunft für die europäische Wirtschaft?

5.1 Beschäftigung und Kreativität

Die erste der beiden Schlussbetrachtungen betrifft das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Geldpolitik durch die Einführung des neoliberalen Modells in Europa zu Beginn der achtziger Jahre auf den Pfad der Deflation geführt wurde. In den folgenden Jahren entspannte sich diese Politik, aber sie veränderte sich nicht grundlegend, denn man räumte einer starken und stabilen Währung unter der Führung der D-Mark Priorität ein. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa durch diese Entscheidung eher weiter verschärft als abgebaut wurde. Der Euro, der ebenfalls für einige Jahre eine starke und stabile Währung gewesen ist, hat diese Situation kurzfristig nicht verändert. Für sich genommen war diese Aussicht jedoch nicht beunruhigend. Insofern weiteres Wirtschaftswachstum genügend Ressourcen heranbringt, um die Unterstützung von Arbeitslosen zu finanzieren, wird ein deflationäres Wirtschaftsklima das Verschwinden unprofitabler Wirtschaftszweige beschleunigen und das Aufkeimen und Aufblühen neuer und profitabler Sektoren zusätzlich fordern.

Werden die dringend nötigen Strukturveränderungen heute durch den schwachen Euro abgebremst? Wird der schwache Euro – langfristig betrachtet – einen negativen Effekt haben? Es ist unmöglich, dies vorherzusagen. Zu viele andere Variablen spielen dabei eine Rolle. In jedem Fall ist es notwendig, einen institutionellen und wirtschaftlichen Rahmen zu schaffen, der die Entstehung neuer Wachstumssektoren stimuliert. Europa ist in einer guten Position, um solche neuen Sektoren hervorzubringen. In unserer modernen Gesellschaft gehört die Zukunft denen, die für eine weitere Differenzierung im Angebot von Gütern und Dienstleistungen sorgen, mit anderen Worten, denjenigen, die mit viel Kreativität neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen und schon existierende verbessern. Mit seinem Reichtum an kultureller Vielfalt, mit den gepflegten Traditionen handwerklicher Kunstfertigkeit und der daraus erwachsenden kreativen Dynamik hat Europa sehr gute Karten. In diesem Sinne hat es einen Vorteil gegenüber anderen Kontinenten, aber es muss diesen Vorteil ausbauen und ihn auch wirtschaftlich umsetzen. Die Regierungen spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Sie müssen eine Politik vorantreiben, die systematisch auf Anreiz und Vertiefung kreativer Fähigkeiten ausgerichtet ist. Eine Erhöhung der Investitionen in Ausbildung und in Grundlagen- sowie angewandte Forschung in den Naturwissenschaften und der Medizin ist ein absolutes Muss, wenn Europa das Niveau technischer Erfindungen halten und eine Führungsposition in der Welt einnehmen will. Was jedoch noch viel wichtiger für den Anreiz und die Vertiefung kreativer Fähigkeiten ist, sind steigende Investitionen in Ausbildung und Forschung bei den Geisteswissenschaften und den Verhaltenswissenschaften. Grundsätzlich sind es diese Gebiete, auf denen die Phantasie – die Quelle aller Kreativität – am besten funktioniert. Die Zukunft Europas liegt deshalb im systematischen Ausbau dieser Quelle. Die Fortführung des technischen Fortschritts wird zum Großteil von der Befruchtung bestimmt, die vorher von den kreativen Entwicklungen in den Humanwissenschaften ausgegangen ist.

5.2 Der starke Euro: eine Herausforderung für das 21. Jahrhundert

Die zweite der Betrachtungen betrifft die Einführung einer einzigen europäischen Währung, des Euro. Wie zuvor bereits gesagt, war die Absicht, den Euro als eine starke und stabile Währung einzuführen und zu halten. In einem pessimistischen Szenario wird eine Politik des teuren Gelds die strukturelle Arbeitslosigkeit gegenüber den Ländern ohne Euro steigen lassen. Da aufgrund des schlechten ökonomischen Klimas die Anreize für die Schaffung neuer Sektoren fehlen, bleibt wenig Handlungsspielraum für private Investoren. Aber es gibt auch ein optimistisches Szenario, in dem die Einführung des Euro die nationalen Regierungen der Möglichkeit beraubt – wenn sie mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben – auf Anpassungen in Form von monetären Maßnahmen wie Währungsabwertung, Haushaltsdefizite und die Vergabe von Subventionen zurückzugreifen. Um Ungleichgewichte gegenüber anderen Euro-Ländern und dem Rest der Welt auszubalancieren, bleibt den nationalen oder regionalen Ökonomien der Europäischen Union nichts anderes als institutionelle Anpassungen, insbesondere eine größere Flexibilität des Arbeitsmarktes, mehr Kreativität und Effizienz in den Unternehmen, einen kreativeren rechtlichen Rahmen und eine effizientere staatliche, regionale und lokale Verwaltung, unter anderem in Bezug auf die ökonomische Infrastruktur, die Verbesserung des verfügbaren Humankapitals, der wissenschaftlichen Forschung und der kulturellen Entwicklung. Eine einzige Währung wird die nationalen Regierungen folglich zwingen, sich als Institution zu rationalisieren und zu stärken – eine mächtige Herausforderung für das Europa des 21. Jahrhunderts. Vielleicht ist eine solche Herausforderung einfacher umzusetzen, wenn sie in einem regionalen Rahmen stattfindet; auf diese Weise kann sich ein gut organisiertes System regionalen Wettbewerbs auf der Ebene der Institutionen entwickeln. Dafür ist eine Politik der Dezentralisierung und intensiverer Regionalisierung im europäischen Kontext notwendig. Wenn Europa sich dieser Herausforderung stellt, wird es sich seinen relativen Vorteil gegenüber dem Rest der Welt sichern und sich als Partner in der globalisierten Wirtschaft der Zukunft behaupten.

6. Literatur

- Aldcroft, R., *The European Economy, 1914-1990*, London, 1993
- Ashworth, W., *A Short History of the International Economy since 1850*, London, 1987 (4. Ausgabe)
- Cameron, R., *A Concise Economic History of the World*, Oxford, 1998
- De Cecco, *The International Gold Standard: Money and Empire*, London, 1984
- Eichengreen, B., *European Monetary Unification: Theory, Practice and Analysis*, Cambridge (Ma), 1997
- Feis, H., *Europe, the World's Banker, 1870-1914*, New Haven, 1965
- Foreman-Peck, J., *A History of the World Economy: International Economic Relations since 1850*, Totowa, 1983
- Hobsbawm, E., *Age of Extremes: the Short Twentieth Century, 1914-1991*, London, 1994
- James, H., *International Monetary Cooperation since Bretton Woods*, Oxford, 1996
- Kenwood, A.G., & Lougheed, A.L., *The Growth of the International Economy, 1820-1960*, London, 1971
- Maddison, A., *The World Economy in the Twentieth Century*, Paris, 1989
- Pollard, S., *The International Economy since 1945*, London, 1997
- Sutcliffe, A., *An Economic and Social History of Western Europe since 1945*, London, 1996
- Tew, B., *The Evolution of the International Monetary System, 1945-1988*, New York, 1988
- Van der Wee, H., *Histoire de l'économie mondiale, 1945-1990*, Paris, 1990